

Vorlagennummer

SV 26/

Drucksachenummer

SV 26/

KEHRTWENDE – Bad Homburg

Datum: **30.04.2026**

Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Bad Homburg v.d.Höhe

Betr.: Antrag an die Stadtverordnetenversammlung

Städtepartnerschaften als Beitrag zu Frieden, Dialog und europäischer Verständigung erhalten und neu ausrichten

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt bekräftigt ihre Verurteilung des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie ihre Solidarität mit den Opfern des Krieges.
 2. Zugleich erkennt die Stadtverordnetenversammlung an, dass Städtepartnerschaften und kommunale Kontakte historisch einen **wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung**, zur **Friedenssicherung** und zum Abbau gegenseitiger **Feindbilder** geleistet haben.
 3. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Weise die bestehende **Städtepartnerschaft mit Peterhof** unter den Bedingungen der geltenden EU-Sanktionen und unter Wahrung der **politischen Verantwortung der Stadt** in eine neue, ausdrücklich zivilgesellschaftliche Form überführt werden kann.
 4. Ziel einer solchen **Neuausrichtung** soll nicht die Wiederaufnahme eines „Business as usual“ sein, sondern:
 - die **Aufrechterhaltung** menschlicher Gesprächskanäle,
 - die Förderung **friedensorientierter** Begegnungen,
 - die Unterstützung von Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern,
 - die Förderung von Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Erinnerungsprojekten,
 - sowie die Verhinderung einer dauerhaften gesellschaftlichen **Entfremdung** zwischen Menschen in Europa.
 5. Der Magistrat wird gebeten, hierzu gemeinsam mit dem Städtepartnerschaftsverein, Schulen, Kulturinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ein Konzept zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
-

Begründung

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die europäische Friedensordnung erschüttert. Viele kommunale Partnerschaften zwischen deutschen und russischen Städten wurden seit 2022 ausgesetzt oder stark eingeschränkt. Dies geschah aus nachvollziehbaren politischen und moralischen Gründen.

Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, ob ein vollständiger Abbruch aller gesellschaftlichen Kontakte langfristig geeignet ist, **Frieden und Verständigung** zu fördern.

Städtepartnerschaften entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg ausdrücklich mit dem Ziel, Feindbilder zu überwinden, dauerhafte Kommunikationskanäle aufzubauen und Verständigung auch in Zeiten **politischer Spannungen** zu ermöglichen. Gerade während des Kalten Krieges spielten kommunale und zivilgesellschaftliche Kontakte eine wichtige Rolle für die europäische Entspannungspolitik.

Auch heute sollte unterschieden werden zwischen:

- staatlicher Politik und militärischer Aggression einerseits,
- sowie den Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern andererseits.

Ein neuer Ansatz auf kommunaler Ebene darf nicht als **Relativierung** des Krieges verstanden werden. Vielmehr kann er dazu beitragen,

- **Gesprächsfähigkeit** zu erhalten,
- gesellschaftliche **Isolation** zu vermeiden,
- und langfristig Voraussetzungen für Verständigung und Frieden zu bewahren.

Die Stadt steht dabei in besonderer Verantwortung, demokratische, friedensorientierte und europäische Werte sichtbar zu vertreten.

Der Antrag der KEHRTWENDE – Bad Homburg verfolgt deshalb das Ziel, die bestehende Städtepartnerschaft nicht unreflektiert fortzuführen, sondern sie unter den aktuellen Bedingungen kritisch, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert neu auszurichten.

Ich beantrage, diesen Antrag zunächst im zuständigen Fachausschuss zu beraten.